Deutscher Bundestag

15. Wahlperiode 24. 09. 2003

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (14. Ausschuss)

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drucksache 15/1058 –

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 29. Juni 2000 über ein Europäisches Fahrzeug- und Führerscheininformationssystem (EUCARIS)

A. Problem

Der Vertrag vom 29. Juni 2000 über ein Europäisches Fahrzeug- und Führerscheininformationssystem (EUCARIS) bezieht sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung. Daher ist nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes die Zustimmung durch ein Vertragsgesetz erforderlich.

B. Lösung

Einstimmige Annahme des Gesetzentwurfs

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Gesetzentwurf – Drucksache 15/1058 – unverändert anzunehmen.

Berlin, den 24. September 2003

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard OswaldVorsitzender

Gero Storjohann
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Gero Storjohann

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf Drucksache 15/1058 in seiner 48. Sitzung am 5. Juni 2003 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung beinhaltet die gemäß Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes erforderliche Zustimmung zu dem von Belgien, Luxemburg, den Niederlanden, Großbritannien und Deutschland unterzeichneten Vertrag vom 29. Juni 2000 über ein Europäisches Fahrzeugund Führerscheininformationssystem (EUCARIS).

Das Europäische Fahrzeug- und Führerscheininformationssystems (EUCARIS) soll vor allem der Verhinderung, Ermittlung und Verfolgung von Verstößen gegen Rechtsvorschriften im Bereich der Fahrzeugzulassung, der Fahrerlaubnisse und sonstiger fahrzeugbezogener Straftaten dienen

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat die Vorlage auf Drucksache 15/1058 in seiner 25. Sitzung am 2. Juli 2003 beraten und empfiehlt einstimmig die Annahme des Gesetzentwurfs.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat die Vorlage in seiner 17. Sitzung am 24. September 2003 beraten und empfiehlt einstimmig die Annahme des Gesetzentwurfs der Bundesregierung.

Berlin, den 24. September 2003

Gero StorjohannBerichterstatter

